

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 3 vom 14. Februar 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Verena Schneiter, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Laura Erni

Entschuldigt

Stadträtinnen Seraina Graf, Cloe Weber und Stadtrat Carlo Schlatter

Schluss der Sitzung

20:55 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Thuner Stadtrats erhalten alle Ratsmitglieder von der Gemeinde Langnau i.E. einen Gutschein für das Regionalmuseum Chüechlihus in Langnau. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die eingereichten Vorstösse während der Sitzung in der Sitzungsapp aufgeschaltet werden. Dringliche Vorstösse werden nach wie vor in Papierform ausgeteilt.

15. Protokoll

Genehmigung der Protokolle vom 10. und 18. Januar 2019

Die beiden Protokolle werden **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

16. Wahl der Budget- und Rechnungskommission BRK

Antrag der Präsidien-Konferenz

Bericht des Gemeinderates Nr. 9/2019

Der Stadtratspräsident informiert darüber, dass sich *Daniela Huber Notter (BDP)* für das Präsidium und *Martin Allemann (SP)* für das Vizepräsidium zur Wahl stellen. Die Präsidienkonferenz hat beschlossen, die Wahl des Präsidiums bis Ende Legislatur vornehmen zu lassen, wobei allfällige Wechsel während der Legislatur nicht ausgeschlossen sind. Es wird beantragt, über alle drei Vorschläge summarisch abzustimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag stillschweigend zu.

Der Rat genehmigt einstimmig den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 34 Absatz 1 Stadtverfassung in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 21 Absatz 1 des Geschäftsreglementes des Stadtrates von Thun,

beschliesst:

Wahl der Budget- und Rechnungskommission für die Legislaturperiode 2019 bis 2022 wie folgt:

- Huber Notter Daniela, glp/BDP, Präsidentin (SAKO FIRU)
- Allemann Martin, SP, Vizepräsident (SAKO P+StE)
- Borter Valentin, SVP (SAKO Si+So)
- Schlatter Carlo, SVP (SAKO BiSK)
- Ali-Oesch Katharina, SP (SAKO BiSK)
- Hiltbold Thomas, Grüne/JG (SAKO P+StE)
- Weber Till, Grüne/JG (SAKO B+L)
- Kübli Andreas, glp/BDP (SAKO BiSK)
- Schneiter Vreni, EVP+EDU+CVP (SAKO FIRU)

17. Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Wahlkommission für die Amtsdauer 2019 bis 2022

Bericht des Gemeinderates Nr. 4/2019

Der Rat genehmigt einstimmig den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 StV und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Januar 2019,

beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2022 endende Amtsdauer werden in die Wahlkommission gewählt:

- Albrecht Suzanne, 1971, Architektin (Grüne/JG) (bisher)
- Baumgartner Frieda, 1945, Verkäuferin/Hausfrau (SP) (bisher)
- Bieri Alfred, 1953, Versicherungsagent (EVP+EDU+CVP) (bisher)
- Dällenbach Theres, 1961, Hausfrau/Primarlehrerin (EVP+EDU+CVP) (bisher)
- Domeyer Claudius, 1985, Pflegefachmann (SP) (neu)
- Feller Christian, 1975, Kaufmann (glp/BDP) (bisher)
- Gäumann Rolf, 1962, Betriebstechniker (EVP+EDU+CVP) (bisher)
- Hofmann Jürg, 1964, Betriebsspezialist LBA (Stadtkanzlei) (bisher)
- Klopfenstein Christine, 1984, Studierende (SP) (neu)
- Kropf Martin, 1990, IT-Auditor (Stadtkanzlei) (bisher)
- Külling Lukas, 1969, Unternehmer / Lehrer (Grüne/JG) (neu)
- Liebi Franz, 1971, Hauswart (SVP) (bisher)
- Luginbühl Markus, 1936, Kaufmann (glp/BDP) (bisher)
- Lüscher Andreas, 1948, alt Gemeinderat (Stadtkanzlei) (bisher)
- Marggi Martin, 1949, Plattenleger (SVP) (bisher)
- Moser René, 1966, Gärtner (SP) (bisher)
- Odermatt Eveline, 1962, Haus-/Geschäftsfrau (SVP) (bisher)
- Petövary Alex, 1965, Coach (Grüne/JG) (bisher)
- Polgrosi-Pfyffer von Altishofen Adelheid, 1944, Pensionärin (SVP) (bisher)
- Rentsch Kaufmann Jörg, 1961, Lehrer (SP) (bisher)
- Schilling Christian Urban, 1974, Bauingenieur (FDP) (neu)
- Schlatter Chiara, 1999, Studentin (SVP) (neu)
- Schneider Andreas, 1962, Betriebsökonom HFU (Stadtkanzlei) (bisher)
- Schneiter Pascal Kilian, Finanzberater (glp/BDP) (bisher)
- Schönholzer Martin, 1968, Bauführer (FDP) (bisher)
- Schriber Albert, 1955, Pensionär (Stadtkanzlei) (neu)
- Schweizer Martin, 1971, Informatik Projektleiter (glp/BDP) (neu)
- Studerus Alois, 1962, Personalfachmann/Leiter Betrieb (SVP-Sitz) (bisher, CVP)
- Stutz Peter, 1966, Geograf (Grüne/JG) (bisher)
- Strub Fankhauser Judith, 1964, Pflegefachfrau (SP) (bisher)
- Vannini Reto, 1948, pens. Adjunkt (SVP-Sitz) (neu, BDP)
- von Grünigen Markus, 1971, Architekt FH (Grüne/JG) (bisher)
- Wäfler Walter, 1952, pensioniert (EVP+EDU+CVP) (bisher)
- Wyss Ronald, 1974, Automechaniker (glp/BDP) (bisher)

2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

18. Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Schulkommission für die Amtsdauer 2019 bis 2022

Bericht des Gemeinderates Nr. 5/2019

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, steht hinter der Schulkommission und schlägt den bisherigen Schulkommissionspräsidenten *Markus van Wijk (FDP)* zur Wahl ins Präsidium vor. Die SVP tritt mit diesem Schritt einen ihr zustehenden Sitz an die FDP ab.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, ist es im Namen der Fraktion ein Anliegen, die aktuellen Entwicklungen und Gegebenheiten im Rat aufzugreifen. Sie hält die schwierige Zeit mit diversen rechtlichen Fragestellungen und gefällten Entscheidungen, welche für alle Beteiligten nicht einfach waren, fest. Als Aufsichtsorgan ist es die Pflicht des Stadtrates und ihrer Fraktion, die Wahl ernst zu nehmen. Die Fraktion hat sich intern und extern umfassend informieren lassen und ist in Abwägung aller Informationen zum Schluss gekommen, der vorgeschlagenen Schulkommission bewusst als Zeichen aus der Politik den Rücken zu stärken. Es wird auf eine weniger turbulente Legislatur mit einer offenen, guten und einwandfreien Kommunikation und Zusammenarbeit aller Beteiligten vertraut.

Der Stadtratspräsident schlägt vor, die Mitglieder der Schulkommission zusammen und anschliessend das Präsidium zu wählen. Dies ist nicht bestritten. Die Wahl der Mitglieder erfolgt einstimmig, der Schulkommissionspräsident wird vom Stadtratspräsident in stiller Wahl als gewählt erklärt, da keine Gegenkandidaten vorliegen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 StV und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Januar 2019,

beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2022 endende Amtsdauer werden in die Schulkommission gewählt:
 - Allemann Martin, 1960, Gewerkschaftssekretär (SP) (bisher)
 - Bettler Ronnie, 1979, Gerichtspräsident (SVP) (bisher)
 - Mutzner Mario, 1970, dipl. Sozialarbeiter (Grüne/JG) (neu)
 - Läng Nora, 1982, Juristin (SP) (bisher)
 - Mühlemann Christine, 1986, Projektleitung Regionalentwicklung (Grüne/JG) (neu)
 - Pitteloud Eric, 1962, dipl. Berufsschullehrer IKA/CAS (glp/BDP) (bisher)
 - Hirt Mathias, 1979, Koch/Sozialpädagoge (Schulgemeinde Goldiwil) (neu)
 - Huggler-Locher Tina, 1988, Sekundarlehrerin (EVP+EDU+CVP) (bisher)
 - van Wijk Markus, 1958, Instruktionsoffizier (SVP-Sitz) (FDP, bisher)
2. Als Präsident wird gewählt: Markus van Wijk (FDP)
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Martin Allemann (SP) liest eine persönliche Erklärung vor:

"Ich habe mich entschieden, meine persönliche Erklärung vorzulesen, da ich vermeiden will, dass man mir wiederum falsche Worte in den Mund legt. Ich habe mich zu dieser persönlichen Erklärung entschieden, da ich in den letzten Wochen in meiner Funktion als Vizepräsident der Schulkommission viel erleben durfte und teilweise an meine Grenzen gestossen bin, auf Grund der zeitlichen Belastungen und auch der undifferenzierten Vorwürfe. Wir, Nora, Mark und auch die Schulleitung und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt haben unzählige Stunden investiert. Zuerst möchte ich aber beim Stadtrat für das Vertrauen, das er mit seiner Wahl gegenüber den bestehenden aber auch den neuen Mitgliedern der SK ausgesprochen hat, bedanken. Seit dem Entscheid der SK im Dezember, zwei Klassen im Schulhaus Schoren zu schliessen, werden wir pausenlos kritisiert. Leider werde vor allem ich nicht nur auf der sachlichen Ebene kritisiert, sondern die Vorwürfe werden sehr persönlich, indem man mir partikular Interessen und Befangenheit vorwirft, weil meine Ehefrau sechs Stunden als Heilpädagogin in einem GOS-Kindergarten arbeitet und ich darum einen solchen Entscheid gefällt habe. Meine Ehefrau nimmt an keinen Sitzungen der Lehrer teil und hat die Diskussionen und auch mich in keiner Art und Weise mit beeinflusst. Ich habe keine Mühe damit, dass man demokratisch Mittel ergreift, um Entscheide anzufechten. Ich verurteile aber alle Angriffe, die grundlos auf der persönlichen Ebene gemacht werden. Dass man über die Art und Weise, wie wir den Entscheid kommuniziert haben, geteilter Meinung sein kann, verstehe ich, das kann man sicher noch besser machen. Ich lade alle Stadträtinnen und Stadträte ein, wenn sie noch Fragen haben, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Ich bedanke mich auch im Namen der SK für die Unterstützung durch die städtischen Stellen. Als Milizler sind wir auf diese Hilfe angewiesen. Ich hoffe, dass sich nun bis zum Entscheid der Behörden alle Parteien an die demokratischen Spielregeln halten und bedanke mich für eure Aufmerksamkeit." (Applaus)

19. Wahl der Stadtrat zu wählenden Kadettenkommission für die Amtsdauer 2019 bis 2022

Bericht des Gemeinderates Nr. 6/2019

Der Rat genehmigt einstimmig den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 StV und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Januar 2019,

beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2022 endende Amtsdauer werden in die Kadettenkommission gewählt:
 - Hadorn Martin, 1981, Businessanalyst (SP) (neu)
 - Kuslys Julia Sophia, 1999, Kauffrau (Grüne/JG) (neu)
 - Locher Manfred, 1956, Sekundarlehrer (EVP+EDU+CVP) (bisher)
 - Pfäffli Roland, 1959, Lehrer (Fachvertretung ABS) (bisher)
 - Sommer Daniel, 1959, Primarlehrer (Fachvertretung ABS) (bisher)
 - Steiner Hans Peter, 1961, Heizungstechniker (SVP) (bisher)
 - Stettler Hans-Jürg, 1969, Leiter Infrastruktur STI AG (Fachvertretung ABS) (bisher)
 - Wittwer Bernhard, 1954, Kaufmann (Fachvertretung ABS) (bisher)
 - Wyss Ronald, 1974, Automechaniker (glp/BDP) (neu)
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

20. Wahl der vom Stadtrat zu wählenden Arbeitgebervertreter in die Pensionskassenkommission für die Amtsdauer 2019 bis 2022

Bericht des Gemeinderates Nr. 7/2019

Der Rat genehmigt einstimmig den folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 StV und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Januar 2019,

beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2022 endende Amtsdauer werden als Arbeitgebervertreter in die Pensionskassenkommission gewählt:
 - Lanz Raphael, 1968, Stadtpräsident (bisher)
 - de Meuron Andrea, 1973, Vorsteherin Finanzen Ressourcen Umwelt (neu)
 - Trösch Stephan, 1966, CFO Energie Thun AG (bisher)
 - Christen Stefan, 1964, Finanzverwalter (bisher)
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

21. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2018 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 8/2019

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Januar 2019, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

22. Postulat P 19/2018 betreffend einer klimaangepassten Stadtentwicklung mit erhöhter Lebensqualität dank mehr grün und blau statt grau

Franz Schori (SP), Adrian Christen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, wehrt sich gegen die beantragte Abschreibung des Vorstosses. Aus der Stellungnahme des Gemeinderates ist nicht ersichtlich, dass Kontakte mit dem Bundesamt für Umwelt oder mit der Stadt Sitten aufgenommen wurden. Es wird kritisiert, dass nicht über die Gemeindegrenze hinausgeschaut wird. Zudem stellt der Gemeinderat die Erarbeitung von Leitsätzen zu einer klimaangepassten Stadt Thun in Aussicht, welche noch nicht vorliegen.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die umfassende Antwort. Es ist verständlich, dass Thun nicht mit Sion verglichen werden kann. Viele Forderungen sind berechtigt und sollten sowohl aus ökologischen wie auch aus wertsteigernden Motiven umgesetzt werden. Er erinnert an den Baldachin-Vorstoss, in dem viele Teilaspekte enthalten waren. Thun hat die Herausforderungen in Zusammenhang mit verdichtetem Bauen noch nicht ganz im Griff, wie der Hitzesommer gezeigt hat. Die genannten Forderungen können nur in einem gesamtheitlichen Kontext gelöst werden und müssen als abteilungsübergreifende Querschnittsaufgabe betrachtet werden. Die bisherige Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen hat aber noch Verbesserungspotential. Die FDP begrüsst eine Umsetzung im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes 2035. Die Verankerung des Klimaschutzes auf Stufe Leitbild ist sinnvoll, allerdings müssen auf Worte Taten folgen. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es nicht ab.

Thomas Rosenberg, **Fraktion glp/BDP**, erläutert das Geschäft. Da die Gesamtbetrachtung der Klimaadaptation in der Überarbeitung der baulichen Grundordnung einfließen soll, schreibt die Fraktion das Postulat nicht ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, kann die Überlegungen und die laufend umgesetzten Massnahmen zur Klimaanpassung der Stadt Thun nachvollziehen und unterstützt diese. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und nimmt das Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung an.

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Es ist schwierig, ein als Querschnittsaufgabe deklariertes Ziel über alle Abteilungen hinweg umzusetzen. Vergangene Projekte haben gezeigt, dass ein gesamtheitliches und klares Konzept nötig ist. Die Fraktion schreibt das Postulat nicht ab.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt die Stossrichtung. Durch die Annahme des Postulats setzt der Gemeinderat ein Zeichen. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen grossen Unterschied macht, ob das Postulat abgeschrieben oder nicht abgeschrieben wird. Die Fraktion schenkt dem Gemeinderat ihr Vertrauen und schreibt das Postulat ab. Es braucht auf Thun angepasste, messbare und überprüfbare Ideen und Vorstösse. Der Gemeinderat wird zu einem Reporting betreffend Legislaturziel mit entsprechenden Massnahmen aufgefordert. Dies könnte dazu führen, dass weniger Vorstösse abgeschrieben werden.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass das vorgesehene Leitbild mit entsprechenden Leitsätzen messbar ist und zu gegebenem Zeitpunkt abgeschrieben werden kann.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

Der Rat schreibt das Postulat mit 23 : 14 Stimmen nicht ab.

23. Postulat P 17/2018 betreffend klimaangepasster Gestaltung des Aarequais

Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Sowohl die Ausgangslage wie auch das Resultat zur Mauerbegrünung sind einleuchtend. Betreffend Bademöglichkeiten war nicht die Idee, Werbung dafür zu machen, da die Strömungen gefährlich sein können. Gerade deshalb sind Metallleitern zum Ausstieg wichtig und sollten noch vor dem nächsten Sommer angebracht werden. Es wird kritisiert, dass die zuständige Direktion erst durch das Postulat auf die seit 20 Jahren fehlenden Leitern aufmerksam wurde. Da sich Gemeinderat Konrad Hädener der Sache zeitnah annehmen wird, ist Alice Kropf mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, dankt der Postulantin für ihr Votum und die sinnvolle Idee. Die Fraktion schliesst sich dem Antrag des Gemeinderates an. Betreffend Bademöglichkeiten wurde in der Fraktion über verschiedene Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Es wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat nicht auf die Frage betreffend helleren Belag eingegangen ist. Die Fraktion unterstützt diese Idee, zumal Synergien genutzt werden können. Im Bereich des Aarenquais ist der schnelle Langsamverkehr problematisch, der durch Blumen und Verbauungen vom Aarenquai auf die Hofstettenstrasse verlagert werden könnte.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, kann die Begründung des Gemeinderates nachvollziehen. Dennoch ist der Vorstoss in Zusammenhang mit den Legislaturzielen gerechtfertigt. Positiv hervorgehoben wird, wie mit der Problematik der Bademöglichkeiten umgegangen wird. Es soll weder ein generelles Verbot aufgestellt werden, noch soll der Standort speziell gefördert werden. Mit etwas Eigenverantwortung kommen alle Schwimmerinnen auf ihre Kosten, während die Stadt ihre Verantwortung wahrnimmt. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten und nimmt das Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung an.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt dem Gemeinderat für die Abklärungen und Ausführungen und erläutert das Geschäft. Blumen und Pflanzentöpfe können einerseits hilfreich sein für eine Verlangsamung des Fahrradverkehrs, können andererseits aber auch als störend empfunden werden. Betreffend Ein- und Ausstiegsstellen wird auf eine Verbesserung gehofft. Der Standort soll auf keinen Fall zu einer öffentlichen Badestelle werden. Dennoch soll für geübte Schwimmerinnen die Möglichkeit bestehen bleiben. Die Fraktion erachtet die geforderten Anliegen als geprüft und nimmt das Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung an.

Hanspeter Aellig (FDP) nimmt den Vorstoss und den Bericht des Gemeinderates positiv auf. Die Sicherheitsaspekte bei Badestellen müssen unbedingt beachtet werden. In Thun gibt es genügend Abkühlungsmöglichkeiten, wie beispielsweise im Strandbad Thun. Sichere Badeplätze für alle werden bevorzugt. Diesbezüglich wird ein Vergleich zum Wintersport gemacht. Der Genuss soll primär auf den vorgesehenen Pisten stattfinden, zumal das Fahren abseits der Pisten viele Risiken birgt. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, weist betreffend Notleiter darauf hin, dass Überlegungen für das ganze Stadtgebiet sinnvoll sind. Im Gegensatz zu Thun sind in Bern alle Notausstiegsstellen farblich klar und deutlich gekennzeichnet. Auch andere Rettungsmassnahmen wie beispielsweise fehlende Schwimmringe sollen mehr Beachtung erhalten. Diesbezüglich wird auf die Stadt Basel verwiesen, welche über "smarte Schwimmringe" verfügt. Dabei wird bei jeder Entwendung eines Schwimmrings automatisch eine Meldung versendet. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Gemeinderat Konrad Hädener freut sich über die positive Aufnahme des Geschäfts. Er wehrt sich gegen den Vorwurf, dass die Notleitern seit 20 Jahren unbemerkt fehlen. Seit wann genau die Leitern fehlen ist unklar. Grund dafür könnten die letzten grossen Hochwasser 1999 oder 2005 sein. Wie auch immer – es hat in Thun zu wenig Notleitern. Aus diesem Grund sollen gut erkennbare und sichtbare Leitern angebracht werden, welche mit dem Ortsbild verträglich sind. Betreffend Geländer weist Konrad Hädener auf einen Totalersatz im Rahmen der anstehenden Sanierung hin. Aufgrund der heutigen Sicherheitsvorschriften muss das Geländer höher sein. Betreffend Belagfarbe wird darauf hingewiesen, dass die Farbe in der SAKO nicht als tiefschwarz definiert wurde. Ein Ersatz ist nicht vorgesehen. Die Idee von Schwimmringen wird positiv aufgenommen, obwohl diese nicht unbedingt zum Thema des Vorstosses passt.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass seit dem Hochwasser im 2005 14 Jahre vergangen sind. Sowohl 14, wie auch 20 unbemerkte Jahre sind eine zu lange Zeit.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

24. Interpellation I 13/2018 betreffend Subunternehmerketten

Martin von Allmen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung

Martin Allemann (SP) ist von der Beantwortung teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, dankt für die Antwort des Gemeinderates. Die Stadt hat alle vertraglichen Massnahmen eingeführt, damit eine Kontrolle bei der Weitergabe von Aufträgen an Dritte besteht. Es wird begrüsst, dass vermehrt darauf geschaut wird, wer die Aufträge letztendlich ausführt. Positiv hervorgehoben wird zudem, dass vertraglich festgehalten und kontrolliert wird, dass Subunternehmen gleiche Regeln einhalten müssen wie die ursprünglich beauftragten Firmen. Betreffend Frage 6 wird bedauert, dass anstelle von Arbeitsgemeinschaften die Tendenz zu Subunternehmen besteht. Eine Zusammenarbeit in Form von Arbeitsgemeinschaften wäre zu begrüssen. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die rasch eingeleiteten Massnahmen zur Entschärfung des Problems. Damit hat der Gemeinderat einmal mehr gezeigt, dass er gestaltet und nicht nur verwaltet.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, informiert über die Problematik von Schwarzarbeit. Besonders anfällig dafür sind Subunternehmenskonstrukte. Es ist wichtig und richtig, dass entsprechende Massnahmen getroffen wurden und Stichkontrollen durchgeführt werden. Subunternehmenskonstrukte sollen auch in Zukunft möglich sein, solange die formellen und materiellen Bedingungen eingehalten werden. Es wird davor gewarnt, alle Subunternehmen in einen Topf zu werfen. Nicht alle Subunternehmen haben einen arbeitnehmer- respektive gesellschaftsschädigenden Hintergrund. Insbesondere für kleine Unternehmen ist die Auftragsplanung oftmals schwierig. Die Fraktion begrüsst die vorgeschlagenen und getroffenen verhältnismässigen Massnahmen.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Die Stadt Thun hat als Auftraggeberin ihre Pflicht erfüllt und ist vorbildlich unterwegs. Bei Subunternehmerketten, nicht nur im Baubereich, wird das einheimische Gewerbe teilweise ungerechtfertigt konkurrenziert. Die Leidtragenden sind oftmals die Angestellten der Unternehmen. Kontrollen sind deshalb wichtig und richtig.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, hat den Eindruck, dass die Stadt Thun den Umgang mit Subunternehmen im Griff hat. Es ist wichtig, dass die beteiligten Partner bei jedem Bauprojekt darauf aufmerksam gemacht werden. Die Stadt Thun hat eine Vorbildfunktion und macht ihre Aufgabe gut.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und der Stadt Thun für das vorbildliche Vorgehen. Dieses ist nicht nur für Arbeitende, sondern auch für die lokale Wirtschaft wichtig.

Hanspeter Aellig (FDP) ist erfreut über den klaren und verbindlichen Bericht. Die Stadt Thun berücksichtigt mehrheitlich die Privatwirtschaft. Der Vorfall im 2015 hat zu den richtigen Konsequenzen geführt. Mit den angewendeten allgemeinen Vertragsbedingungen und dem überschaubaren Kontrollmechanismus hat die Stadt die Situation im Griff. Die FDP ist mit der Beantwortung zufrieden.

Ziel der Fraktion war es nicht, Subunternehmerketten zu verbieten oder die Auftragsabwicklung vorzuschreiben, so Martin Allemann, **SP-Fraktion**. Vielmehr sollen für alle die gleichen Regeln gelten. Die Fraktion dankt der Stadt für die Einführung der Regeln.

25. Interpellation I 16/2018 betreffend Schullager in Thun

Fraktion der Mitte vom 20. September 2018; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erklärt sich von der Beantwortung teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt dem Gemeinderat für die erfreuliche Antwort und seinen Einsatz für die Erhaltung von pädagogisch wertvollen Anlässen ausserhalb der Schulzimmer. Das Geschäft wird erläutert. Gemäss den Medien gibt es einen grundsätzlichen Rückgang von Lagern, was unter anderem auf gesamtgesellschaftliche Phänomene zurückzuführen ist. Die Menge an Juristen und Rechtsschutzversicherungen ist ein Indiz dafür, dass eine zunehmende Justifizierung stattfindet. Aufgrund von möglichen Verklagungen werden Lehrpersonen zu Vorsicht und defensivem Verhalten gedrängt. In der Antwort des Gemeinderates wird bei Frage 4 und 5 eine Diskrepanz festgestellt. Im Schuljahr 2018/19 haben circa 30 Lagertage stattgefunden, obwohl es in Thun etwa 50 Oberstufenklassen gibt. Dabei wird festgestellt, dass sich Thun noch nicht ganz auf dem angestrebten Kurs befindet. Die Schulkommission wird dazu ermutigt, die Situation im Auge zu behalten und die Schulleitungen trotz Sicherheitsbedenken darin zu bestärken, an wertvollen Lagern festzuhalten.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, findet es begrüssenswert, dass die Stadt Thun die Möglichkeit hat, Eltern finanziell zu unterstützen. Es darf nicht sein, dass Kinder und Jugendliche aus finanziellen Gründen nicht an Lagern teilnehmen können. Die Fraktion erklärt sich dazu bereit, zusätzliche Gelder ins Budget aufzunehmen, falls dies nötig ist. Des Weiteren wird positiv hervorgehoben, dass es in Zukunft einen Richtwert zur Anzahl von Lagern und Ausflügen pro Kind gibt. Eine entsprechende Umsetzung ist wünschenswert.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, ist erfreut, dass weiterhin alle Schulkinder auf Ausflüge und in Lager gehen dürfen, zumal diese für die Klassenatmosphäre und das gesellschaftliche Zusammenleben sehr wichtig sind. Die Durchführung von schulexternen Anlässen ist für Lehrpersonen anspruchsvoll, aber auch wertvoll. Aus eigener Erfahrung weiss Katharina Ali-Oesch, dass sowohl die Sicherheitsanforderungen, wie auch die Ansprüche der Eltern und Kinder in den letzten Jahren gestiegen sind. Aus diesem Grund ist die Frage nach zusätzlicher personeller Unterstützung sehr wichtig, welche vom Gemeinderat nicht klar beantwortet wurde. Eine explizite Ausweisung wäre erwünscht gewesen. Die Finanzierung von Lagern und Ausflügen muss langfristig gewährleistet sein. Aus diesem Grund wird die Fraktion die nötigen zusätzlichen Kredite gutheissen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Bundesgerichtsentscheides sowohl bei Schulen wie auch bei Eltern zu Verunsicherungen geführt hat. Einerseits sollen möglichst kostengünstige Anlässe durchgeführt werden. Gleichzeitig wollen und können Eltern nur vernünftige Beiträge leisten. Katharina Ali-Oesch verweist auf eine aussergewöhnliche Landschulwoche einer 8. Klasse aus Thun mit einem Elternbeitrag in der Höhe von 270 Franken. Damit wurde der empfohlene Höchstbetrag um mehr als das Doppelte überstiegen. Es wird gehofft, dass die neue Regelung solche Situationen in Zukunft verhindert. Eltern sollen frühzeitig über anstehende Projekte informiert werden. Zudem können Kinder und Jugendliche beispielsweise durch den Verkauf von Kuchen einen eigenen Beitrag leisten. Die Fraktion unterstützt, dass alle Thuner Schulen und somit alle Kinder und Jugendlichen gleichermassen unterstützt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Schulkommission zum Gelingen des Projekts "Schullager für alle Thuner Kinder" beiträgt. Die Fraktion dankt den Interpellantinnen und Interpellanten für den eingereichten Vorstoss und den dadurch entstandenen konkreten Vorschlag.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die klare Beantwortung. Der Wert von Lagern und schulexternen Anlässen wird nicht in Frage gestellt. Der unglückliche Bundesgerichtsentscheid hat die Schulbehörden schweizweit vor eine Herausforderung gestellt. Die Fraktion ist von den getroffenen Massnahmen in Thun überzeugt. Die Situation wird im nächsten Jahr entschärft, indem das Ganze über das ordentliche Budget abgewickelt wird. Es wird darauf hingewiesen, dass Einschränkungen, Regulierungen, übermässige Kontrollen und die Angst, etwas falsch zu machen, einen starken Einfluss auf die Motivation von Lehrpersonen zur Durchführung von Lagern haben. Diskussionen rund um die Beschaffung von

Drittmitteln wie beispielsweise Zeitungen sammeln, Putzaktionen oder Verkaufsstände sollen geführt werden und tragen zur Motivation bei.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, unterstreicht die positive Auswirkung und den Wert von Lagern und Ausflügen. Aus persönlicher Erfahrung kennt er den hohen Aufwand, den die Organisation eines Lagers mit sich bringt. Die Bewegungsformen sind sowohl für die physische wie auch für die psychische Gesundheit von jungen Menschen wichtig, insbesondere im Winter. Positiv hervorgehoben wird die finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Die Empfehlungen des Kantons sind angebracht. Die Fraktion ist gespannt, inwiefern die Empfehlung zur Anzahl von Lagern auch umgesetzt wird. Lehrpersonen werden dazu ermutigt, weiterhin Lager zu organisieren. Reto Kestenholz verweist auf die Schneesportinitiative "GoSnow", bei der zahlreiche Bergbahnbetriebe mithelfen, interessante Angebote zu schaffen.

Thomas Hiltbold (Grüne) macht als Präsident der Jury auf den Umweltfonds der Thuner Schulen aufmerksam. Es wäre wünschenswert, wenn noch mehr Anträge gestellt würden. Er macht auf ein kürzlich eingereichtes Projekt zum Thema "nachhaltiges Skilager" aufmerksam. Eine Gesuchstellung ist für Lehrpersonen ein kleiner Aufwand, wobei die Nachhaltigkeit des Projekts als einzige Bedingung gestellt wird.

Markus van Wijk (FDP) macht betreffend der Anzahl von Lagern darauf aufmerksam, dass es sich dabei nicht um Wunschdenken, sondern um einen festgelegten Wert handelt, der für alle Thuner Schulen gelten und auch tatsächlich umgesetzt werden soll.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, unterstützt die Durchführung von Lagern und Schulausflügen. Die Fraktion erachtet die Ausführungen des Gemeinderates als ausreichend. Finanzielle Probleme sollen nicht der Grund dafür sein, dass Lager nicht durchgeführt werden können. Diesbezüglich gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, wobei auch Eigeninitiative gefordert wird. Die Verantwortlichkeit für Lager und Ausflüge liegt bei der Schulleitung und den Lehrpersonen. Es soll jedoch kein Zwang bestehen. Die Fraktion hofft auf viele mutige und engagierte Lehrpersonen.

26. Interpellation I 14/2018 betreffend Auswirkung der Steuergesetzrevision 2019 auf die Gemeinde Thun

Martin von Allmen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018; Beantwortung

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, ist von der Beantwortung teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, weist auf die Berichterstattung in den vergangenen Tagen hin und dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Das Geschäft wird erläutert. Es ist auffallend, wie klein der Anteil an juristische Personen an den gesamten Steuereinnahmen verhältnismässig ist. Daher findet es die Fraktion angemessen, wenn sich grosse Firmen mit ihren Beschwerden zurückhalten. Es wird positiv hervorgehoben, dass die Stadt Thun dank der Ablehnung der Steuervorlage nicht auf Einnahmen in der Höhe von 2,2 Millionen Franken verzichten muss. Damit wird der finanzielle Spielraum für andere Bereiche wie beispielsweise den baulichen Unterhalt oder Investitionen grösser. Die Frage, ob die grosse oder nur eine kleine Minderheit von einer Steuersenkung profitiert, wurde vom Stimmvolk klar beantwortet.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die offene und transparente Beantwortung. Die FDP wünscht sich eine attraktive Stadt mit vielen Arbeitsplätzen, Wohlstand und einem guten Sozialgefüge. Gute Rahmenbedingungen und insbesondere auch die kantonalen Steuern spielen dabei einen wichtigen Faktor. Es wird begrüsst, wenn sich die Exekutiv-Vertretung auf kantonaler Ebene für Thun stark macht. Markus van Wijk weist darauf hin, dass erste Firmen einen ernsthaften Wegzug aus dem Kanton Bern in Betracht ziehen. Aus diesem Grund ist die Annahme des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung und die damit verbundene neue kantonale Steuervorlage essentiell. Bei der Abstimmung im Mai spielen die Städte eine wichtige Rolle. Es wird davor gewarnt, dass der Kanton Bern steuer-technisch schweizweit auf dem letzten Platz landet. Die FDP hofft, dass sich der Gemeinderat

entsprechend einsetzt. Als Folge würde der Kanton deutlich mehr Geld erhalten, wodurch Vorlagen einfacher erarbeitet werden können. Die Gemeinden müssten entsprechend berücksichtigt werden.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Inhaltlich schliesst sich die Fraktion Stadträtin Ali-Oesch an. Betreffend Frage 10 wäre eine Auflistung wünschenswert gewesen. Roman Gugger informiert über die kommende Abstimmung betreffend Steuerreform und AHV-Finanzierung. Es wird darauf hingewiesen, dass sich der Kanton Bern im schweizerischen Steuerwettbewerb im Mittelfeld bewegt. Global gesehen gehören die Schweizer Kantone zu den treibenden Kräften des Steuerwettbewerbs.

Daniela Weber, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die gute Beantwortung. Es wird kritisiert, dass ein kantonaler Vorstoss auf kommunaler Ebene diskutiert wird. Die Diskussion hat sich für die Fraktion erledigt, zumal der Vorstoss erst jetzt behandelt wird, wo die Stimmbevölkerung die Steuergesetzrevision bereits abgelehnt hat. Diese wäre für den kantonalen Wirtschaftsstandort wichtig gewesen. Die Steuerausfälle hätten durch höhere Liegenschafts- und Vermögenssteuern kompensiert werden können. Steuererhöhungen hingegen sind nicht im Sinne der Fraktion. Sowohl der Regierungsrat wie auch der Grosse Rat müssen sich um weitere Anpassungen des Steuergesetzes kümmern, wenn Thun als Wirtschaftsstandort gefördert werden soll. Dies würde dem Legislaturziel entsprechen, Thun als Zentrum zu stärken.

Der Vorstoss hat sich erledigt, so Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**. Dennoch wird das Thema auf allen Ebenen präsent bleiben und Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben.

Gemeinderätin Andrea de Meuron hofft, dass die Bedenken aus dem Weg geräumt werden, indem aufgezeigt wird, dass allfällige Mindereinnahmen nicht zu einem Leistungsabbau in Thun führen. Durch die Neubewertung der amtlichen Werte können sogar Mehreinnahmen erwartet werden. Der Gemeinderat wird versuchen, die Interessen der Stadt Thun im Rahmen des Steuerdialogs einzubringen.

Sitzungsunterbruch von 18.35 bis 19.10 Uhr.

27. **Postulat P 23/2018 betreffend Förderung von innovativen Lebensformen wie "Co-Housing" Leben in der Gemeinschaft**

Fraktion FDP und Mitunterzeichnende vom 20. September 2018

Susanna Ernst-Reusser (FDP) dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen und informiert über die Hintergründe des Vorstosses. Es handelt dabei nicht um einen frei erfundenen Vorschlag. Innovatives und kreatives Denken ist gefragt, damit die grosse Kalkbreite auf Thun adaptiert und bei kleineren Überbauungen angewendet werden kann. Das Thema soll nicht in einer Schublade verschwinden, solange die Denkfabrik nicht gegründet, formiert und die Aufgaben definiert wurden. Aus der Beantwortung geht nicht hervor, ob der Gemeinderat zu einem Erfahrungsaustausch mit anderen Städten bereit ist. Dazu ist keine Denkfabrik nötig, die das Rad neu erfindet. Mit Freude nimmt die FDP zur Kenntnis, dass das Thema in der Wohnstrategie 2030 und im STEK 2035 wie gewünscht einfließt. Es wird kritisiert, dass in Thun alles sehr lange dauert. Bereits heute könnte diese Wohnform bei Wohnbaugenossenschaften oder in Zusammenarbeit mit privaten Bauherren im Fokus stehen. Susanna Ernst-Reusser weist darauf hin, dass bestehende Liegenschaften in der Stadt ein Co-Housing möglicherweise rasch umsetzen könnten. Die FDP folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig und nimmt das Postulat an.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, erläutert das Geschäft. Co-Housing wird als eine sinnvolle Art des Zusammenlebens angesehen, welche die Durchmischung und Solidarität der Bevölkerung fördert und daher einen Mehrwert bringt. Die Fraktion hofft auf moderne und zahlbare Wohnangebote und nimmt das Postulat einstimmig an.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass betreffend Kostenbeteiligung Vorsicht geboten ist. Die Fraktion schliesst sich dem Antrag des Gemeinderates an.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, erinnert an das von der BDP-Fraktion eingereichte Postulat im Oktober 2014 betreffend "Förderung der Mehrgenerationenprojekte", welches gemäss Protokoll in der Stossrichtung der gemeinderätlichen Wohnpolitik liegt und ein wichtiges Thema ist. Die Richtung beim Co-Housing stimmt und wird unterstützt. Es genügt, dass das Thema in der Wohnstrategie 2030 verankert ist. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an und dankt sowohl dem Gemeinderat für die positive Aufnahme wie auch der damaligen FDP-Fraktion für den Vorstoss.

Gemäss Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, unterstützt diese den Vorstoss einstimmig. Die Fraktion könnte sich auch andere Wohnformen wie beispielsweise Generationenhäuser vorstellen. Die Wichtigkeit der Umsetzung wird hervorgehoben. Viele gute Ideen sind vorhanden, die in der Realität auch umgesetzt werden müssen. Künftig soll Thun über innovative Quartiere verfügen.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, schliesst sich den bisherigen Voten an. Es handelt sich um eine ressourcenschonende Wohnform, die verschiedenen Generationen nützt. Die Fraktion freut sich darüber, dass das Generationenwohnen in der Wohnstrategie aufgenommen wird.

Stadtpräsident Raphael Lanz dankt für die wohlwollende Aufnahme des Geschäfts. Es wird darauf hingewiesen, dass für die Entwicklung auch Partner vorhanden sein müssen. Es handelt sich um zukunftsgerichtete Anliegen. Raphael Lanz ist erstaunt über die Reaktion zum generationenübergreifenden Denken, welches vermehrt propagiert werden soll. Mit der Denkfabrik soll zum Ausdruck gebracht werden, dass generationenübergreifendes Denken generell höher gewichtet werden soll. Es ist jedoch nicht die Voraussetzung, um die Strategien weiter zu entwickeln. Der Gemeinderat beschäftigt sich im Rahmen der Legislaturziele stark mit dem Thema.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts. Betreffend Denkfabrik wird betont, dass es sich nicht um eine Kritik handelt. Es ist klar, dass ein generationenübergreifendes Denken gefördert werden soll. Zum Votum von Stadtrat Hiltbold wird hervorgehoben, dass innovative Lebensformen wie ein Generationenhaus ebenfalls vorstellbar sind. Diesbezüglich gibt es in anderen Gemeinden bereits verschiedene Konzepte. Mittel- und langfristig kann sich einer 2000-Watt-Gesellschaft nicht verschlossen werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

28. Postulat P 29/2018 betreffend Aufenthaltsqualität in der Thuner Innenstadt erhöhen - für stilvolle bauliche, technische und dekorative Massnahmen im Thuner Bälliz und der Hauptgasse

Fraktionen SVP und FDP vom 15. November 2018; Beantwortung

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Geschäfts. Mit Genugtuung wird festgestellt, dass der Gemeinderat in Sachen Attraktivitätssteigerung mit den Sitzgelegenheiten in der Innenstadt bereits aktiv wurde. Dem geplanten Wettbewerb betreffend Gestaltung der öffentlichen Räume in der Innenstadt sieht die Fraktion kritisch entgegen. Bei dem Kreditgeschäft wird die Kosten-Nutzen-Analyse genau angeschaut. Die Fraktion ist gespannt, welche Legislaturziele der Gemeinderat in Zusammenhang mit der Innenstadt als lebendiges Wirtschafts- und Einkaufszentrum sowie als Herz der Stadt für Bewohnerinnen und Bewohner und Gäste unterbreiten wird. Es wird gehofft, dass das vorliegende Geschäft ohne den Vorschlag eines Baldachins positiv aufgenommen wird. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Markus van Wijk (FDP) weist darauf hin, dass es sich um einen gemeinsamen Vorstoss der SVP-Fraktion und damaligen FDP-Fraktion handelt. Er dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme. Mit einer klugen Bündelung aller Kräfte können rasch gute und innovative Lösungen gefunden werden. Ein erster kleiner Schritt wurde mit der Bank-Aktion bereits erzielt. Der Thuner Kern muss unbedingt als attraktiver, lebensfroher, farbiger und begegnungsfreudiger Ort gestaltet werden. Es soll eine Begegnungszone mit

Charme entstehen, in der eingekauft werden kann. Das Prädikat für die zukünftige Innenstadt sollte "unique" heissen. Die FDP freut sich auf das Massnahmenpaket und hofft, dass die Fehler der Vergangenheit wie beispielsweise die Gestaltung des Selveparks nicht wiederholt werden. Es soll Sorge zur Stadt getragen werden. Die FDP unterstützt einstimmig das Postulat.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, freut sich über den lösungsorientierten Vorstoss ohne Baldachin. Die Fraktion unterstützt das Postulat.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, unterstützt sowohl den Vorstoss wie auch eine attraktive Innenstadt. Die eingereichten Ideen stossen nicht alle gleichermassen auf Anklang, sollen jedoch nicht bewertet werden.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der Vorstoss bereits im Herbst 2018 ohne Baldachin Anklang gefunden hätte. Es handelt sich grundsätzlich um einen guten Ideenkatalog. Die Fraktion findet es wichtig, dass die Attraktivität der Innenstadt mit vielen Ideen weiterentwickelt wird und unterstützt das Postulat.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, unterstützt den Vorstoss einstimmig. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Fraktion mit einer autofreien Innenstadt dazu beigetragen hat, die nötigen Voraussetzungen für eine Attraktivierung der Thuner Innenstadt zu schaffen. Bezüglich des Ideenkatalogs wird darauf hingewiesen, dass die Beflaggung alleine nicht zu einer Attraktivitätssteigerung führt. Zudem ist unklar, was mit einem Stadtbach gemeint ist, zumal die Innenstadt bereits von genügend Wasser umgeben ist. Die Fraktion ist gespannt auf den Wettbewerbskredit und die Umsetzungsideen.

Stadtpräsident Raphael Lanz ist dankbar für alle Vorschläge, die während der Ideenfindungsphase eingereicht werden. Zu einem späteren Zeitpunkt müssen die einzelnen Ideen im Rahmen einer Gesamtbeurteilung konkret angeschaut und abgeklärt werden. Bereits heute wird an einer Attraktivitätssteigerung gearbeitet. Diesbezüglich wird an die Parkbänke erinnert, die kreativ gestaltet werden können. Raphael Lanz appelliert an den Rat, bei der Gestaltung der Bänke mitzuhelfen. Langfristige und verbindliche Leitplanken in Form eines Gestaltungskonzepts sind gefragt und werden demnächst diskutiert.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, weist betreffend autofreie Innenstadt darauf hin, dass es sich um ein gemeinsames Ergebnis handelt. Er macht darauf aufmerksam, dass der Vorstoss bereits im Herbst 2018 hätte angenommen werden können. Es handelt sich nicht um den ersten eingereichten Vorstoss zum Thema Attraktivitätssteigerung. Es wird begrüsst, dass die Beurteilung von einzelnen Ideen dem Gemeinderat überlassen wird.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

29. Postulat P 21/2018 betreffend Kunstmuseum in der Schadaugärtnerei

Jonas Baumann-Fuchs (EVP) vom 20. September 2018 Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt für die überraschend gute Aufnahme des Geschäfts. Er zitiert Giovanni Guareschi und Ben Gurion. Die kritischen Randbemerkungen des Gemeinderates sind berechtigt. Persönlich hat Jonas Baumann-Fuchs zahlreiche positive Rückmeldungen erhalten bis hin zu Finanzierungsangeboten. Wer ein Ziel erreichen möchte, muss dies fokussiert und mit Leidenschaft anpacken und auch gewisse Risiken eingehen.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, findet ein Kunstmuseum im Schadaupark eine prüfenswerte Idee und folgt dem Antrag des Gemeinderates. Eine öffentliche Nutzung wird einer privaten vorgezogen. Es stellt sich die Frage, welche alternativen Standorte für das Kunstmuseum in Frage kommen. Zudem wirft das Postulat strategische Fragen zur weiteren Nutzung des Thunerhofs auf. Dabei ist es der Fraktion ein

Anliegen, dass der Thunerhof langfristig einer breiten Öffentlichkeit erhalten bleibt. Verschiedene Szenarien müssen ausgearbeitet werden, welche der Relevanz des Standortes gerecht werden.

Hanspeter Aellig (FDP) unterstützt Visionen und proaktive Vorausplanungen. Gleichzeitig werden Denk- und Innovationsverbote missbilligt. Es wird kritisiert, dass die Entwicklung der Schadaugärtnerei zu lange dauert. Das Kunstmuseum in den Raum der Schadaugärtnerei zu bringen ist eine Idee. Hanspeter Aellig informiert über die vier verschiedenen Zonen der Schadaugärtnerei, welche aus dem Studienauftrag resultierten. Erste Resultate sollten im Sommer 2019 ersichtlich sein. Es ist an der Zeit, die vorgesehenen Schritte umzusetzen. Dabei sollen keine Massnahmen und Bauten erstellt werden, welche die Optionenpalette einschränken. Es handelt sich im vorliegenden Geschäft trotz Angeboten um ein schwer finanzierbares Projekt. Zudem muss die Nachnutzung des Thunerhofs seriös und klar in die Betrachtung mit einfließen. Die Schadaugärtnerei soll Menschen anziehen, indem das Ensemble attraktiv wirkt. Die FDP lehnt das zu einengende Postulat ab.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, unterstützt das Postulat. Es handelt sich um einen guten Standort für ein Kunstmuseum. Da die Stadt Thun einen solchen Bau und dessen Unterhalt nicht alleine tragen kann, ist sie auf gute Geldgeber und eine Beteiligung der umliegenden Gemeinden angewiesen. Es wird gehofft, dass die Prüfung keinen Einfluss auf die anstehenden Projekte in der Schadaugärtnerei hat, die weiter geprüft werden sollen.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, findet das Postulat gerechtfertigt. Es handelt sich um eine schöne Idee, die jedoch nicht alleine durch die Stadt finanziert werden kann. Betreffend Thunerhof gibt es verschiedene Varianten zur Weiternutzung, welche sorgfältig geprüft werden müssen. Eine Prüfung ist auch deshalb sinnvoll, da Genaueres über die Kosten in Erfahrung gebracht werden kann. Durch eine Bekanntmachung der vorgeschlagenen Idee können möglicherweise private Investoren gefunden werden, welche zur Umsetzung notwendig sind. Eine aktive Bekanntmachung mit den bestehenden Ressourcen seitens der Stadt ist sinnvoll. Durch die Prüfung soll jedoch kein neuer Budgetposten entstehen. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und nimmt das Postulat an.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, setzt sich für eine vielseitige Kultur ein. Das Thuner Kunstmuseum gilt schweizweit als eines der Besten. Da das Kunstmuseum im Thunerhof platzmässig an seine Grenzen stösst, freut sich die Fraktion über einen allfälligen Neubau des Kunstmuseums. Die Schadaugärtnerei wäre mit ihren historischen Gebäuden ein idealer Standort dafür. Die Fraktion unterstützt das Postulat in jeder Hinsicht.

Jonas Baumann-Fuchs (EVP) weist zum Votum von Stadtrat Aellig darauf hin, dass er sämtliche Workshops im Rahmen der Schadaugärtnerei-Entwicklung besucht hat, ohne dass daraus viele überzeugende Umsetzungsideen resultiert sind. Da die Schadaugärtnerei auf städtischem Boden steht, besteht eine gewisse Öffentlichkeitspflicht betreffend der Nutzung.

Gemeinderat Konrad Hädener glaubt nicht an Wunder, verwirft Ideen aber auch nicht vorweg. Bei der vorliegenden Grafik handelt es sich um eine Plausibilisierung. Eine vertiefte Prüfung bedeutet eine kurze Machbarkeit, in der Alternativen in Betracht gezogen werden. Da es sich um einen langen Prozess mit vielen möglichen Lösungen handelt, kann der Vorstoss als eine Art Katalysator und damit prozessbeschleunigend wirken. Alternative Standorte für das Kunstmuseum werden nicht geprüft, da es sich nicht um ein Projekt zur Verlegung des Kunstmuseums handelt. Auch die Weiterverwendung des Raums im Thunerhofs wird nicht im Rahmen des Postulats geprüft. Konrad Hädener verweist auf die Machbarkeitsstudie zum Gebiet Industriestrasse in Zusammenhang mit der Unterbringung der Stadtverwaltung. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verlegung des Kunstmuseums zeitlich nicht zu einer Entlastung des Thunerhofs führen würde. Es ist nicht auszuschliessen, dass eine solche Idee durch eine öffentliche Diskussion salonfähig wird und potentielle Investoren an Land gezogen werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 34 : 3 Stimmen als erheblich.

30. Postulat P 22/2018 betreffend mehr Sitzgelegenheiten in Thun

Fraktion Grüne vom 20. September 2018; Beantwortung

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die wohlwollende Aufnahme des Geschäfts. Die Fraktion hat Interesse daran, selbst eine Bank zu gestalten. Es wurde darauf verzichtet, konkrete Ortsvorschläge für fehlende Sitzgelegenheiten zu nennen. Roman Gugger informiert, dass insbesondere ältere Personen auf den Mangel an Sitzmöglichkeiten in Aussenquartieren und bei Bushaltestellen hingewiesen haben. Für ältere Menschen gibt es gewisse zusätzliche Anforderungen wie beispielsweise eine Sitzlehne oder Bedachungen. Ein Vergleich mit Bern zeigt ein gewisses Optimierungspotential auf. Bei den 700 vorhandenen Bänken sind nicht alle optimal platziert. Roman Gugger macht darauf aufmerksam, dass auch smarte Bänke mit integrierter Steckdose verwendet werden könnten.

Margrit Schwander, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die klare Antwort. Mit Freude wird zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat mit den Quartierleuten im Gespräch ist. Sitzgelegenheiten sind insbesondere für die Gestaltung der Fussgängerzone in der Innenstadt wichtig. Es handelt sich um einen guten Zeitpunkt, um das Konzept zu überarbeiten. Dabei spielen neben den allgemeinen Anforderungen auch die Ästhetik und Einheitlichkeit eine Rolle. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und nimmt das Postulat an.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, stellt sich die Frage, was unter einem idealen Standort verstanden wird. Ein ständiger Standortwechsel ist nicht optimal und mit viel Aufwand verbunden. Anwohnende können zudem durch die Benutzung der Parkbanken gestört werden. Es ist fraglich, ob mehr Sitzgelegenheiten überhaupt genutzt würden, zumal die jährlich anfallenden Kosten nicht zu unterschätzen sind. Dennoch stimmt die Fraktion dem Postulat zu, um die Attraktivität in der Innenstadt und in den Aussenquartieren zu steigern.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, informiert über verschiedene Möglichkeiten zum Ausbau von Sitzgelegenheiten. Positiv hervorgehoben wird die Zusammenarbeit mit den Quartierleuten. Alois Studerus weist darauf hin, dass nicht alle Sitzgelegenheiten immer sauber hinterlassen werden. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, lehnt das Postulat ab. Betreffend Standortfrage wird darauf hingewiesen, dass es an sinnvollen Orten wie beispielsweise einem Spielplatz, Park oder einer Bushaltestelle bereits Bänke hat. Ansonsten hätten konkrete Orte mit fehlenden Sitzmöglichkeiten aufgelistet werden müssen. Weiter ist dem Gemeinderat freigestellt, im Rahmen des vorangegangenen Vorstosses betreffend Attraktivitätssteigerung der Innenstadt Bänke als Massnahme einzusetzen. Nicht zuletzt werden durch die Aktion "Thun nimmt Platz" weitere Bänke aufgestellt, die mitgestaltet werden können und zu mehr grün statt grau führen.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) lobt die schnelle Umsetzung der Bank-Aktion. Die FDP unterstützt, dass der Gemeinderat den Sitzgelegenheiten ein besonderes Augenmerk schenken will und nimmt das Postulat einstimmig an.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, ruft die Bevölkerung dazu auf, fehlende Sitzgelegenheiten direkt bei der Stadt Thun zu melden. Er dankt für die wohlwollende Aufnahme des Geschäfts.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 28 : 9 Stimmen als erheblich.

31. Postulat P 24/2018 betreffend Optimierung des Strassen- und Leitungsbaus in der Gemeinde Thun

Fraktion FDP und Mitunterzeichnende vom 20. September 2018; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die detaillierte Beantwortung. Das Geschäft wird erläutert. Es gilt aus einer gesamtheitlichen Sicht abzuklären, ob der Einsatz von Fertigelementen nicht zielführender wäre. Mühsame Bautätigkeiten sollen zu einer Verbesserung von angrenzenden Parzellen und Liegenschaften führen. Mit dem Vorstoss soll eine möglichst effiziente Abwicklung von Bautätigkeiten ermöglicht werden. Die FDP ist erstaunt über die ablehnende Haltung gegenüber einem Bonus/Malus-System, zumal der Bund im 2013 einen Leitfaden zur Verwendung von Anreizsystemen Bonus/Malus für Bauarbeitende erstellt hat. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Vorsteher Bau und Liegenschaften und der Energie Thun AG wird begrüsst. Die Bedürfnisse für eine effizientere Planung und Abwicklung sollen Gehör erhalten. Die FDP hofft auf eine Annahme und ist bereit, das Postulat abzuschreiben.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung für die verständlichen Ausführungen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Energie Thun AG angegriffen wird, da in der Regel mehrere Akteure für eine Verzögerung verantwortlich sind. Es wird kritisiert, dass bei der Beurteilung von Baustellen primär der motorisierte Individualverkehr und die Staulänge als Indikatoren gelten. In Zusammenhang mit Strassenbauprojekten ist es wichtig, dass alle Betroffenen wie beispielsweise Anwohnende, Geschäfte oder Arbeitnehmende mit erweiterten Arbeitszeiten mit in die Planung einbezogen werden. Zudem müssen Fehlerquellen und Risiken beachtet werden, welche höhere Kosten und Verzögerungen verursachen können. Nicht zuletzt soll das lokale Gewerbe von den Aufträgen profitieren. Adrian Christen weist darauf hin, dass nicht alle Verkehrsteilnehmenden von den Staus der Baustellen betroffen waren. Je nach Verkehrsmittel und Uhrzeit konnte ein Stau umgangen werden. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, weist darauf hin, dass Strassenbauprojekte im Vorfeld gut koordiniert werden müssen. Die Bauzeit soll so kurz wie möglich gehalten werden. Zudem muss auf Anwohnende Rücksicht genommen werden. Es ist sinnvoll, wenn grössere Strassenbauprojekte in einer Intensivbauweise erstellt werden. Die Fraktion vertraut darauf, dass die Energie Thun AG bei allfälligen Kapazitätsengpässen handelt und zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellt. Es wird nicht als zielführend betrachtet, die geforderten indirekten Kosten zu beziffern. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, hebt die positive Kommunikation in Zusammenhang mit dem Strassenbau hervor. Um den Verkehr wieder zu verflüssigen, muss investiert werden. Eine Investition erfordert Geduld und beinhaltet gewisse Risiken. Fehler aus der Vergangenheit müssen korrigiert werden, während Gesetze, Vorschriften und eine ausufernde Bürokratie eine rasche Umsetzung erschweren. Die Fraktion setzt sich für eine verträgliche Umsetzung ein. In den kommenden Jahren ist Geduld gefragt, da noch andere Sanierungen geplant sind. Diese langfristigen Investitionen lohnen sich. Die Fraktion vertraut darauf, dass der Gemeinderat Bauzeiten möglichst kurz hält. Da das Tiefbauamt auf die fachliche Kompetenz der Energie Thun AG angewiesen ist, soll dem Unternehmen das nötige Vertrauen geschenkt werden. Bei der Koordination zwischen den beteiligten Instanzen auf der Baustelle sind kritische Fragen und Handlungsrichtlinien von Seiten der Stadt im Hinblick auf eine Kostenoptimierung angebracht. Zu Meinungsverschiedenheiten wurden konkrete Massnahmen eingeleitet. Betreffend Fertigbauelementen weist Philipp Deriaz darauf hin, dass im Zentrum und somit am Herzen der Stadt operiert wird. Im Tiefbau ist ein Bonus/Malus-System wegen den vielen Überraschungen kaum umsetzbar. Zudem ist einleuchtend, dass die geforderten indirekten Kosten schwierig zu beziffern sind. Die Fraktion beurteilt die im Postulat geforderten Punkte als geprüft und folgt dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und Abschreibung.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass eine Veränderung ohne Baustelle und Verkehrsbehinderungen nicht möglich ist. Die Abstimmung und Koordination braucht Zeit. Es ist klar ersichtlich, dass die Beteiligten miteinander planen und sich absprechen, obwohl die Abläufe teilweise verbessert werden können. Insbesondere die Kommunikation und Information gegen aussen hat Verbesserungspotential. Fertigelemente werden eingesetzt, wenn es die Situation erlaubt. Betreffend Energie Thun AG wird darauf hingewiesen, dass der Engpass eher bei der kleinräumigen Arbeit zu suchen ist. Das Bonus/Malus-System wird nicht als zielführend erachtet, da es diverse andere Diskussionen auslöst. Das Anliegen von optimierten Strassen- und Leitungsbauprojekten ist zu unterstützen. Dabei wird erwartet, dass nach effizienten und effektiven Grundsätzen gehandelt wird, was mehrheitlich der Fall ist. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, weist darauf hin, dass es sich bei der Energie Thun AG um ein städtisches Unternehmen handelt. Vorschriften und Gesetze sind oftmals sinnvoll, wie das Beispiel der Abwasseranlage zeigt. Die Fraktion ist nicht einverstanden mit dem Vorwurf, dass langsam und ineffizient gebaut wird. Grundsätzlich wird eine gute Arbeit geleistet. Die Verwaltung der Energie Thun AG hat ihre Arbeit auf der Baustelle zufriedenstellend erledigt und gut koordiniert. Das Argument betreffend Bussen im Gegenverkehr wird kritisiert. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Gemeinderat Konrad Hädener weist darauf hin, dass im vergangenen Sommer mehrere Fertigelemente eingesetzt wurden. Ein Bonus/Malus-System wird vom Gemeinderat nicht grundsätzlich abgelehnt. Die vielen unverschuldeten Unsicherheiten und Verzögerungen hätten jedoch niemandem zugewiesen werden können. Ein solches System wäre nicht zielführend gewesen. Konrad Hädener weist darauf hin, dass Frikationen bei Kostenteilern funktionieren, wenn bei mehreren gemeinsamen Baustellen alle Werke gleichzeitig behandelt werden. Dabei entstehen jedoch immer wieder Diskussionen, zum Beispiel betreffend Kostenteilung. Diese bedingen eine allgemeine Regelung.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 29 : 8 Stimmen als erheblich.

Der Rat schreibt das Postulat einstimmig ab.

32. Postulat P 31/2018 betreffend freier Eintritt ins Flussbad Schwäbis

Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. November 2018; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, bedauert die Antwort des Gemeinderates. In Thun leben viele Menschen mit einem tiefen Einkommen, die kein Anrecht auf eine Kulturlegi haben. Sie erläutert das Geschäft. Durch Einzeleintritte werden im Flussbad Schwäbis zwischen 35'000 - 105'000 Franken eingenommen. Werden zusätzlich die Personalkosten für die Eingangskontrolle abgezogen, bleibt etwa die Hälfte übrig. Mit einer leichten Erhöhung der Miete für Sonnenschirme und Kabinen wäre eine nahezu kostenneutrale Umsetzung möglich. Die Fraktion beantragt eine Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet den Vorstoss zwar sympathisch, schliesst sich jedoch unter dem Motto "für alle statt für wenige" dem Antrag des Gemeinderates an.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, folgt dem Antrag des Gemeinderates und lehnt das Postulat ab. Wer eine Leistung beziehen möchte, soll dafür bezahlen. Im Flussbad Schwäbis werden die Infrastruktur, saubere Anlagen sowie ein Bademeister zur Verfügung gestellt, wodurch die Eintrittspreise gerechtfertigt sind. Zudem gibt es in Thun genügend Möglichkeiten für eine kostenlose Abkühlung.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, dankt für die sympathische Idee und die klare Antwort des Gemeinderates. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, in Thun die gleichen Möglichkeiten wie in Bern zu haben. Dabei müssen jedoch sowohl die unterschiedliche finanzielle Lage wie auch die verschiedenen Platzverhältnisse beachtet werden. Zudem wird bei einem kostenlosen Eintritt ein Platz- und Dichteproblem im Flussbad Schwäbis befürchtet. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen macht es keinen Sinn, die Leistungen gratis zur Verfügung zu stellen. Die Stadt ist aufgrund der anfallenden Betriebskosten auf die Einnahme angewiesen, um das Angebot weiterhin zur Verfügung stellen zu können. Die Fraktion erachtet den Antrag als geprüft und beantragt eine Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) dankt dem Gemeinderat für die klare Stellungnahme. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, ist gespaltenen Meinung. Grundsätzlich handelt es sich um eine gute Idee, die Familien entlastet und zu mehr Aktivitäten animiert. Es ist jedoch fraglich, ob die erschwerten Eintrittspreise ein Hindernis darstellen. Speziell Familien und Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind froh um den Komfort des Bades, welcher langfristig finanziert werden muss. Wer sich nach der Arbeit nur

kurz abkühlen will, muss den vollen Preis zahlen, was jedoch verkraftbar ist. Die Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Gemeinderat Roman Gimmel weist darauf hin, dass die Stadt Bern über eine grössere Steuerkraft verfügt. Thun hingegen hat einen höheren Steuersatz. Ein direkter Vergleich ist daher nicht möglich. Da der Doppelantrag nicht vertieft geprüft wurde, empfiehlt der Gemeinderat die Ablehnung. Sollte das Postulat angenommen werden, müsste es konsequenterweise gleichzeitig abgeschrieben werden.

Alice Kropf (SP) weist darauf hin, dass Stadtrat Manfred Locher noch an seiner Linientreue arbeiten muss.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 20 : 17 Stimmen an.

Der Rat schreibt das Postulat mit 36 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

33. Interpellation I 17/2018 zur verbesserten Erschliessung des rechten Thunerseeufers mit klaren Optionen

SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 20. September 2018; Beantwortung

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort zufrieden und wünscht keine Diskussion.

34. Fragestunde F 4/2019 betreffend Querung Scherzligen

Adrian Christen (SP) vom 12. Februar 2019

Die Frage F 4/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

35. Interpellation I 5/2019 betreffend Frauen*streik vom 14. Juni 2019

Alice Kropf (SP), Katharina Ali-Oesch (SP), Darshikka Krishnanantham (SP), Manon Jaccard (SP), Margrit Schwander (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2019; Dringlichkeit

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Der Frauenstreik findet im Juni 2019 statt und erfordert eine zeitnahe Bearbeitung, um den städtischen Angestellten eine allfällige Teilnahme zu ermöglichen.

Der Gemeinderat widersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit zu.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident erinnert an die Anmeldefrist für den Skitag und macht auf verschiedene Termine aufmerksam. Am Montag, 20. Mai 2019, findet eine Schulung zum Thema Jahresbericht und Jahresrechnung für alle interessierten Stadratsmitglieder statt. Zudem wird der Stadtratsausflug ins Gastronomiemuseum des Schlosses Hünegg vom 13. Juni 2019 bekanntgemacht. Es wird empfohlen, hierfür mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Detaillierte Einladungen zu beiden Anlässen folgen noch.

Eingänge

- Postulat P2/2019 betreffend Aufsuchende Jugendarbeit und Jugendpolizei; Alice Kropf (SP), Reto Kestenholz (Grüne), Reto Vannini (BDP), Jonas Baumann (EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2019
- Postulat P3/2019 betreffend Nachhilfe- oder Stützunterricht als Kombi-Angebot in der Tagesschule anbieten; Darshikka Krishnanantham (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2019
- Interpellation I5/2019 betreffend Frauen*Streik vom 14. Juni 2019; Alice Kropf (SP), Katharina Ali-Oesch (SP), Darshikka Krishnanantham (SP), Manon Jaccard (SP), Margrit Schwander (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2019 (Dringlichkeit)
- Interpellation I6/2019 betreffend die Zukunft der Wohnbaugenossenschaften; EVP+EDU+CVP-Fraktion, glp/BDP-Fraktion vom 14. Februar 201

Der Stadtratspräsident


Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder